

**Christian Baldauf, MdL**  
**Vorsitzender der CDU-Fraktion**  
**im Landtag von Rheinland-Pfalz**

**Redebeitrag zur Plenarsitzung zu Tagesordnungspunkt 7**  
**18. Plenarsitzung, Donnerstag, 17. Februar 2022**

**Rede zum Antrag der Fraktion der CDU,**  
**„Energiepreise runter. Bürger und Unternehmen entlasten“**

Unkorrigiertes Redemanuskript

Es gilt das gesprochene Wort!

Sperrfrist: Redebeginn

17.02.2022

Anrede,

Benzin und Diesel sind so teuer wie nie – An den Zapfsäulen kletterten gestern die Preise mit 1,75 Euro und 1,66 Euro pro Liter im bundesweiten Mittel auf ein neues Allzeithoch. Aber nicht nur an der Tankstelle – Der Preisschock ist überall spürbar: Bei den Stromkosten, beim Heizen, in der Folge auch beim Bäcker und im Lebensmitteleinzelhandel. Viele Verbraucher merken schmerzlich, wie teuer Energie geworden ist. Laut Statistischem Bundesamt haben sich die Preise für Heizöl und Kraftstoffe innerhalb eines Jahres um mehr als ein Drittel erhöht.

Die gestiegenen Energiepreise treffen nicht nur Bedürftige, Niedrigverdiener, Rentner und Studenten – sondern alle Haushalte genauso wie Unternehmen. Eine Familie mit zwei Kindern musste im vergangenen Jahr 57 Prozent mehr für Energie ausgeben. Das sind 2000 Euro in nur einem Jahr!<sup>1</sup>

Die aktuelle Entwicklung ängstigt die Menschen. Vier von fünf Bürgern sorgen sich, vor allem auch in den ländlichen Regionen. Gerade unser Bundesland ist ganz besonders darauf angewiesen, dass Energie, dass Benzin, bezahlbar bleibt.

Wir sind Flächenland und brauchen das Auto, um mobil zu sein, längere Strecken, etwa zur Arbeit, zurücklegen zu können. Das Auto vollzutanken – wird da schnell zur Belastung in der Haushaltskasse.

Anrede,

für die gestiegenen Energiepreise gibt es komplexe Gründe:

- Ukraine-Krise,
- hohe Beschaffungspreise für Erdgas,
- eine anziehende Weltkonjunktur nach der Corona-Pandemie,
- der deutsche Sonderweg des gleichzeitigen Ausstiegs aus der Atom- und Kohleverstromung.

---

<sup>1</sup> : Laut Vergleichsportal Check24, siehe u.a. <https://www.augsburger-allgemeine.de/politik/energiepreise-2-000-euro-mehr-fuer-strom-und-gas-id61518441.html>

Die Bundesregierung hat die kleine Gruppe der Wohngeldempfänger mit einem einmaligen Heizkostenzuschuss von 135 Euro für Ein-Personen-Haushalte und 175 Euro für Zwei-Personen-Haushalte unterstützt. Aber das hilft gerade mal ein bisschen.

Denn was ist mit den Älteren, die nur über eine kleine Rente verfügen, die ihr ganzes Leben gearbeitet haben? Was mit Familien? Kurzfristig gedachte staatliche Zuwendungen reichen nicht aus, um die neuen Belastungen abzufedern und Verbraucher wie Unternehmen wirksam zu entlasten. Das sieht die CDU-Fraktion ähnlich wie Sozialverbände und Gewerkschaften.

Deshalb fordern wir die Landesregierung auf:

Bringen Sie eine Initiative in den Bundesrat ein, oder unterstützen Sie Initiativen anderer Bundesländer – zum Beispiel jene aus Nordrhein-Westfalen.

- Gegen den hohen Spritpreis: eine sofortige Erhöhung der Pendlerpauschale auf 0,38 Euro pro Kilometer.
- Gegen den hohen Strompreis: Die Abschaffung der EEG-Umlage- und zwar schnellstmöglich
- Gegen die Heizkostensteigerung: eine effiziente und verlässliche KfW-Förderung für Sanierung und Neubau.
- Gegen das deutsche Rekordniveau bei den Energiepreisen: Die Absenkung der Mehrwertsteuer auf 7% für alle Energieformen.

Langfristig bedrohen die aktuellen Preise die von allen demokratischen Parteien gewollte Energiewende und führen zu einer schleichenden Deindustrialisierung, verbunden mit dem Abbau von Arbeitsplätzen.

Anrede,

die Vorschläge der Union liegen auf dem Tisch – jetzt ist die Ampel gefordert, die Sorgen der Menschen ernst zu nehmen. Wichtig sind Maßnahmen, die direkt bei Verbrauchern und Unternehmen ankommen, strukturell entlasten und kurzfristig machbar sind.

Anrede,

Energie ist Lebensgrundlage. Energiepolitik muss sich ausrichten an

- Realismus,
- an Kompromissfähigkeit und
- an Einfühlungsvermögen.

Aber Energiepolitik sollte kein stures Festhalten an Formeln, Glaubenssätzen und unrealistischen Zielvorgaben sein.

Wir alle müssen uns die Fragen stellen: Wie können wir uns langfristig unabhängig von solchen Preisschwankungen machen? Wie können wir die Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie erhalten?

Einige Ansatzpunkte möchte ich für die CDU-Fraktion nennen:

- Deutschland wird auch in Zukunft Teile seiner Energie importieren. Wir müssen aber unabhängiger und diversifizierter bei den Ländern werden, aus denen wir Energie beziehen;
- Unsere Strompreise gehören zu den höchsten in Europa. Ein Großteil davon sind Abgaben. Deshalb müssen wir die Stromsteuer auf den Mindeststeuersatz der EU absenken und unserer energieintensiven Industrie die Stromsteuer erstatten;
- Wir brauchen flächendeckend dezentralen Bürgerstrom. Hier können wir die Vorteile der Energiewende für die Bürgerinnen und Bürger direkt sichtbar machen;
- Die Energiekostenanteile im SGB II und SGB XII müssen überprüft werden.